



## Öffentliche **Beschluss**vorlage

Amt für Bürger- und  
Ratsservice

25.08.2022

**Ihr/e Ansprechpartner/in:**

Frau Rietkötter  
Telefon: 492-3326  
Rietkoetter@stadt-  
muenster.de

Betrifft

Solidaritätspartnerschaft mit einer Stadt in der Ukraine

Beratungsfolge

30.08.2022	Ausschuss für Personal, Digitalisierung, Organisation, Sicherheit und Ordnung	Vorberatung
06.09.2022	Ausschuss für Wohnen, Liegenschaften, Finanzen und Wirtschaft	Vorberatung
07.09.2022	Hauptausschuss	Vorberatung
07.09.2022	Rat	Entscheidung

### **Beschlussvorschlag:**

#### I. Sachentscheidung:

1. Die Stadt Münster strebt eine Solidaritätspartnerschaft mit einer Stadt in der Ukraine an.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit Unterstützung der polnischen Partnerstadt Lublin Kontakt zu einer Stadt in der Ukraine aufzunehmen, mit dem Ziel, eine Solidaritätspartnerschaft einzugehen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, im Anschluss an das Sondierungsverfahren eine zeitlich befristete Solidaritätspartnerschaft, zunächst bis fünf Jahre nach Ende des Krieges, mit einer Stadt in der Ukraine einzugehen.
4. Für die Betreuung der Solidaritätspartnerschaft wird im Amt für Bürger- und Ratsservice ab 01.10.2022 eine 0,25 Vollzeitäquivalente (VZÄ), Stellenwert A11, befristet bis 5 Jahre nach Ende des Krieges eingerichtet.
5. Konkrete Hilfsmaßnahmen im Rahmen der Solidaritätspartnerschaft stehen unter dem Vorbehalt, dass Drittmittel eingeworben werden können.
6. Der Rat beauftragt die Verwaltung, in einer der nächsten Sitzungen des Rates über die Solidaritätspartnerschaft mit einer Stadt in der Ukraine zu berichten.

#### II. Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen jährlich Aufwendungen befristet bis 5 Jahre nach Ende des Ukraine-Krieges im Umfang von 0,25 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) A 11

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0102	Geschäftsführung politische Gremien, internationale Beziehungen			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2022	5.210 €	0,25 VZÄ A11 ab 1.10.2022
			2023 ff	20.840 € jährlich	0,25 VZÄ A 11 ab 2023 ff.

Die mit der Einrichtung der 0,25 VZÄ-Stelle verbundenen Personalaufwendungen sind im Haushaltsplanentwurf 2023 veranschlagt. Die in 2022 anfallenden Personalaufwendungen werden im Wege der flexiblen Haushaltsführung im städtischen Personalaufwandsbudget aufgefangen.

### **Begründung:**

#### Zu Ziffer 1.

Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs hat der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages im Juni 2022 der Ukraine Solidarität und konkrete Unterstützung zugesagt. In einer Resolution spricht sich der Deutsche Städtetag für kommunales Engagement in der Ukraine aus. Auch die Delegiertenversammlung des Rates der Gemeinden und Regionen Europas / Deutsche Sektion hat am 25.3.2022 einen kommunalen Friedensappell verabschiedet und deutsche Kommunen gebeten, Partnerschaften mit ukrainischen Kommunen zu erwägen. Der Hauptausschuss der Stadt Münster hat zudem am 9.3.2022 die Resolution „Pax Optima Rerum – Münster ruft zum Frieden auf“ verabschiedet. Dort heißt es unter anderem „Die Friedensstadt Münster fühlt sich besonders verpflichtet bei der Lösung von Konflikten und der Sicherung des Friedens“.

Bereits jetzt engagieren sich viele deutsche Städte in der Ukraine, entweder im Rahmen bereits bestehender Städtepartnerschaften, neu eingegangener Solidaritätspartnerschaften oder durch sonstige humanitäre Hilfsmaßnahmen. Auch Münster hat bereits umfangreiche Hilfe für die Ukraine geleistet. Teile der städtischen Hilfslieferungen, die der polnischen Partnerstadt Lublin für geflüchtete Menschen aus der Ukraine zur Verfügung gestellt wurden, wurden von Lublin an verschiedene ukrainische Städte weitergeleitet.

Um künftig eine ukrainische Stadt gezielter unterstützen zu können und Solidarität zu zeigen, empfiehlt die Verwaltung, dass auch Münster eine Solidaritätspartnerschaft mit einer Stadt in der Ukraine eingeht wie z.B. die Städte Essen und Hannover.

Der Begriff der Solidaritätspartnerschaft wurde durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) geprägt. Es handelt sich dabei um eine Städtekooperation mit der Absicht, zielgerichtete und bedarfsorientierte Hilfe in einer ukrainischen Kommune zu leisten. Im Gegensatz zu einer Städtepartnerschaft, die traditionell auf Völkerverständigung und zivilgesellschaftlichem Engagement aufbaut, ist die Solidaritätspartnerschaft zunächst auf die praktische und solidarische Unterstützung in der Notsituation der Ukraine ausgerichtet, ohne dabei eine spätere Verfestigung auszuschließen noch automatisch herbeizuführen. Die SKEW unterstützt Kommunen inhaltlich und organisatorisch bei der Anbahnung von Solidaritätspartnerschaften. Teilnehmende Kommunen sind zudem antragsberechtigt im „Kleinprojektfonds für Kommunale Entwicklungspolitik“ oder im Programm „Nakopa“ der SKEW.

#### Zu Ziffer 2:

Die Verwaltung schlägt vor, eine geeignete Stadt in der Ukraine mit Unterstützung der Stadtverwaltung Lublin und der SKEW im Rahmen des Sonderprogramms „Solidaritätspartnerschaften mit der Ukraine“ auszuwählen. Lublin hat acht Partnerstädte in der Ukraine und kann bei der ersten Kontaktaufnahme und möglichen Hilfsaktionen als Vermittlerin unterstützen. Vorteil ist auch, dass der Transport möglicher Hilfslieferungen aus Münster in die Ukraine in bewährter Form durch Lublin gewährleistet wäre.

Nach einer ersten Sondierung hat die Stadt Lublin eine Solidaritätspartnerschaft mit der Stadt Vinnitsya vorgeschlagen, Lublins Partnerstadt seit 2013. Vinnitsya ist eine Stadt mit 375.810 Einwohner\*innen im Westen der Ukraine und ist das Verwaltungszentrum der Region. Derzeit leben ca. 40.587 Binnenvertriebene aus verschiedenen Regionen der Ukraine in der Stadt. Vinnitsya steht vor vielen Herausforderungen, um die Vertriebenen aufzunehmen und ihnen zu helfen. Die Flüchtlinge sind an verschiedenen Orten in der Stadt untergebracht, darunter in Bildungseinrichtungen, Wohnheimen, Sammelunterkünften und Krankenhäusern. Am 14.07.2022 traf ein russischer Raketenangriff das Stadtzentrum von Vinnitsya, bei dem 25 Menschen (darunter 3 Kinder) ums Leben kamen und 90 Personen in Krankenhäuser eingeliefert wurden. Die Infrastruktur der Stadt und mehr als 129 Wohngebäude wurden beschädigt.

Als Auftakt einer möglichen Solidaritätspartnerschaft mit der Stadt Vinnitsya könnte eine erste Hilfsaktion im Laufe dieses Jahres dienen. Die Stadt Münster beteiligt sich an einem neu aufgelegten Programm der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit GIZ. Die GIZ stellt in diesem Jahr aus Mitteln des BMZ insgesamt 3,5 Mio € für Hilfslieferungen in die Ukraine zu Verfügung. Die Hilfsgüter werden von der GIZ beschafft und deutschen Städten im Rahmen einer Eigentumsübertragung übergeben. Für den Transport sind die deutschen Kommunen verantwortlich. Voraussetzung für eine Berücksichtigung in diesem Programm ist, dass Kommunen einen konkreten Bedarf in einer ukrainischen Stadt ermitteln und diesen bei der GIZ beantragen. Rund 30 Kommunen werden im Rahmen dieses Projektes berücksichtigt. Münster erhält nach jetzigem Stand „Feldküchen einschließlich haltbarer Lebensmittel“ im Wert von rund 100.000 €, die im Laufe des Jahres über Lublin nach Vinnitsya gebracht werden. Der Bedarf in Vinnitsya wurde über Lublin ermittelt.

Die GIZ hofft auf eine Weiterführung dieses Programms in 2023. Dies könnte ggf. als Instrument für längerfristiges Engagement dienen.

Vor dem Hintergrund, dass inzwischen die Stadt Karlsruhe eine Städtepartnerschaft mit Vinnitsya anstrebt, wird vorgeschlagen, dass das zusätzliche Eingehen einer Solidaritätspartnerschaft zwischen Münster und Vinnitsya im Rahmen des Sondierungsverfahrens in Abstimmung mit Karlsruhe, Lublin und Vinnitsya geprüft wird, die Stadt Münster sich aber weitere Optionen für die Auswahl einer Stadt in der Ukraine offenhält. Grundsätzlich sollte bei der Auswahl beachtet werden, dass eine potentielle ukrainische Stadt möglichst noch keine Partnerstadt in Deutschland hat.

#### Zu Ziffer 3:

Die Verwaltung schlägt vor, auf der Verwaltungsebene offiziell Kontakt zu einer Stadt in der Ukraine aufzunehmen. Die Form der Zusammenarbeit sollte zunächst bis zum fünften Jahr nach Ende des Krieges befristet sein und im Rahmen einer nicht-formalisierten Solidaritätspartnerschaft erfolgen.

#### Zu Ziffer 4:

Das zusätzliche Engagement für die Ukraine ist im Rahmen der vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen im Amt für Bürger- und Ratsservice, Büro Internationales, nicht leistbar. Es wird vorgeschlagen, für die Anbahnung der Solidaritätspartnerschaft, die Kontaktpflege, die Einwerbung von Drittmitteln und die zu erwartende umfangreiche Unterstützung beim Wiederaufbau der Stadt nach dem Krieg befristet für fünf Jahre nach Ende des Krieges eine 0,25 Personalstelle im Amt für Bürger- und Ratsservice, Büro Internationales einzurichten.

#### Zu Ziffer 5:

Es wird vorgeschlagen, konkrete Hilfslieferungen davon abhängig zu machen, dass Drittmittel (z.B. über den Kleinprojektfonds der SKEW oder im Rahmen eines erneut aufgelegten Sonderfonds der GIZ) zur Verfügung stehen.

Zu Ziffer 6:

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Abschluss einer Solidaritätspartnerschaft dem Rat Bericht zu erstatten.

Gez.  
Markus Lewe  
Oberbürgermeister